

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich drei Mark (halbjährlich 15 Mark, durch die Post bezogen monatlich 2 Mark, ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2, / Geschäftsstelle u. Expeditions- / Schreibzettel: 2 / Fernsprecher: 17299 / Postfach: Dresden Nr. 1809a, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsstelle: Dresden-2, / Fernsprecher: 17299 / Druck: Dresden Nr. 17299 / Druckverleger: Arbeiter- / stimme Dresden / Erscheinungstermin: Donnerstag 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltene Nonpareilleseite oder deren Raum 0,35 RM, für Familien- / anzeigen 0,20 RM für die Reklametexte anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,00 RM. / Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, / Fernsprecher: 17299 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer / Gewalt behält sich Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 25. Februar 1928

Nummer 48

Der Spitzelfumpf der Klassenjustiz

Die Schütlinge des Niednerfenats Unauffindbare Waffen und unauffindbare Zeugen

Leipzig, 25. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Am zweiten Verhandlungstage des Pommerischen Hochver- / treisprozesses wurde die Rolle des Angeklagten Zelle, des be- / rühmten Schütlings des Reichsanwaltes, auf dessen Aussagen / sich hauptsächlich der Prozess aufbaut, klar beleuchtet. Zelle und / Sabahn erhielten vom Gericht einen offiziellen Verteidiger ge- / stellt. Auf Antrag des Verteidigers der übrigen Angeklagten / wurden dann Briefe von Zelle an das Gericht und den Ober- / richtsanwalt vorgelesen, worin sich Zelle über die Beschaffung / der "eigentlichen Haupttäter" in ermittelte. Von Zelle ist / zu fünf Verbrechen angegeben, die "in ganz Pommeren Waffen ver- / breiten" haben, usw. Als Beweis seiner guten Kenntnisse gab / er auch für den Untersuchungsrichter eine Reihe von Pseudoni- / men als "Mitbeteiligte" an. Als Gegenleistung forderte / er sofortige Entlassung aus der Haft und die bestimmte Forderung / für eine Bewährungsstrafe, da er wohl verurteilt, aber nicht mit / anderen zusammen im Kerker sein will.

Die "Kerkerredaktion zum Nord", bei der natürlich Zelle keine / hand im Spiel hatte, entsappte sich in der Verhandlung / insbesondere: Im Hause desjenigen, der nach den Angaben / von Zelle ermordet werden sollte, wurde ein Feuerwerkskörper, / ein sogenannter Kanonenknall, abgebrannt, ohne auch nur den / geringsten Schaden anzurichten. Es gab nur einen lauten Knall. / Der Reichsanwalt aber konstruiert daraus mit Hilfe von Zelle / eine Morbanlage.

Ebenso liegt die Sache mit dem berühmten "Bomben- / stentist" auf den Stahlhelmmann. Das Stentist fand zwar / nicht statt, aber die Polizei erhielt Mitteilungen, daß es statt- / finden sollte. Aus der bisherigen Verhandlung ist natürlich klar, / wer der Polizei diese Mitteilung machte.

Dann wurde das Protokoll eines Zeugen vorgelesen, der als / Zeemann angeblich auf hoher See und unerschrocken ist, worin / wiederum von Zelle und seinen Vätern zur Organisation / von Waffendepots die Rede ist. Dieser unauffindbare Zeuge / hatte zuerst auch Angaben über angebliche Waffenverkäufe ge- / macht, die er aber später widerrufen hat, weil weder die Ver- / teide, noch die Waffen auffindbar waren.

Die ersten beiden Verhandlungstage zeigten, daß der ganze / Prozess ein Mäxwerk ist, das schon jetzt in sich zusammenbricht,

aber der Klassenjustiz sind die schändlichsten Spitzelfantastien / noch immer gerade gut genug, um revolutionäre Arbeiter zu / Zuchtstübchen zu verurteilen.

Der käufliche Staatsanwalt

Für einige hundert Mark bestimmt man günstige Justiz / Schwere Beschuldigungen, die gegen den Staatsan- / waltshistorat Flint erhoben worden sind und dahin- / gehen, daß er keine amtliche Stellung zu privaten Ge- / schäften wirtschaftlicher Natur in Anspruch hat, werden / augenblicklich von amtlicher Seite untersucht, ohne daß bis zur / Stunde nötige Klärung über die dunkle Affäre geschaffen wor- / den ist. Staatsanwaltschaftsrat Flint ist von seinem Amte / suspendiert, die Kriminalpolizei hat gestern in seiner / Wohnung in der Westfälischen Straße in Halensee eine Haus- / suchung vorgenommen und dabei beträchtliches Material ge- / funden.

Flint hat bereits vor zwei Jahren im großen Spritzhieb- / Prozess eine eigenartige Rolle gespielt. Es waren damals / Behauptungen aufgetaucht, wonach ein hoher Beamter gewisse / Spritzhieb, die geschäftlich waren, unterläßt habe. Man war / aber damals diesen Anschuldigungen nicht weiter nachgegangen.

Anmehre soll der Staatsanwaltschaftsrat Flint mit einer / Frau S. einen Vertrag dahingehend abgeschlossen haben, daß er / sich bereit erklärte, Anzeigen, die diese Frau bei der Staatsan- / waltschaft eingereicht hatte, im günstigen Sinne zu bearbeiten / und so der Frau S. zu beträchtlichen Geldsummen zu verhelfen. / Er hat mit ihr sogar einen Vertrag abgeschlossen, in dem ihm / mehrere hundert Mark Honorar versprochen waren. Er sollte / zehn Prozent der herbeizuschaffenden Gelde erhalten. Als sich / die Frau S. später weigerte, den Vertrag durchzuführen, drohte / Flint ihr, in keiner Eigenschaft als Staatsanwalt, gegen sie / strafrechtlich vorzugehen.

Diesem noch sehr dunklen Vorgang wird jetzt weiter nach- / gegangen, da angenommen werden muß, daß der Staatsan- / waltschaftsrat sich dabei in strafbarer Weise verhalten hat. Er / selbst leugnet jede Schuld und behauptet gutgläubig gehandelt / zu haben.

Vor neuen Kämpfen nach einer verlorenen Schlacht

Wieder standen die Gewerkschaften und die kämpfende Ar- / beiterkraft vor der Situation, einen gewerkschaftlichen Kampf / nur dann erfolgreich zu Ende führen zu können, wenn man / bereit war, gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch zu / kämpfen. Dabei stand gleichzeitig die Frage des Nachkampfes / gegen die Entlassung der Streikfreien durch die kapitalistische / Schlichtungsmaschine, also die Frage, ob die Gewerkschaften bereit / sind, auch gegen den heutigen kapitalistischen Staat zu kämpfen.

Die objektive Lage für einen solchen Kampf war auch jetzt / bei der Auseinandersetzung in der Metallindustrie geradezu / glänzend. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind / noch immer so, daß man von einer guten Konjunktur sprechen / kann, daß also eine Ausperrung der gesamten Metallarbeiter / der Metallindustriellen und der gesamten deutschen Bourgeoisie / unter dem Gesichtspunkte ihres internationalen Konkurrenz- / kampfes tener zu stehen gekommen wäre. Hätten die Gewerks- / schaften den Mut gehabt, noch andere wichtige Industrien zum / Solidaritätskampf mit den ausgesperrten Metallarbeitern auf- / zuwecken, dann wäre bei der gegenwärtigen Konjunktur die Lage / der deutschen Bourgeoisie eine äußerst schwierige geworden.

Die innenpolitische Lage ist zur Zeit eine solche, daß man / ebenfalls von einer günstigen Situation für die Durchführung / eines Nachkampfes gegen das Unternehmertum und den kapita- / listischen Staat sprechen kann. Abgesehen von allem anderen, / z. B. von der wachsenden Radikalisierung der Arbeiterklasse, / weisen wir hier nur auf die Tatsache hin, daß in kurzer Zeit bevor- / stehenden Parlamentswahlen hin, die den Kampf für die / Unternehmung aus Angst um die Wählerstimmen schwieriger / macht.

Nebenbei: Auch die juristische Seite der Angelegenheit war / in dieser Bewegung angesichts der Drohung der Metallindu- / striellen mit der Gesamtausperrung günstiger als jemals, was / die Reformisten auch selbst zugeben mußten. Wir erwähnen / das nur deshalb, weil die sozialdemokratischen Gewerkschafts- / führer auf der Gefahr der Beschlagnahme der Gewerkschafts- / listen durch die Klassenjustiz und Polizei der herrlichen / deutschen Republik so stark herunterreizen, um den Arbeitern ein- / zureden, daß ein Kampf gegen einen verbindlich erklärten / Schiedspruch für die Gewerkschaften unmöglich, ja Selbstmord / wäre. Wir sind der Auffassung, daß diese Frage gar keine ent- / scheidende Rolle in einem solchen Kampf spielt. Ein Kampf / gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch, wie es z. B. jetzt / der Kampf gegen die Metallindustrie gewesen wäre, ist von vorn- / herein ein Nachkampf mit dem gesamten Unternehmertum und / den es unterstützenden Organen des kapitalistischen Staates. Da- / bei kommt es nicht in erster Linie auf die Zahlung der Unter- / stützung an, womit wir nicht sagen wollen, daß sie nicht not- / wendig wäre, und wobei wir gleichzeitig betonen, daß wir ihre / Auszahlung auch in einem solchen Falle für möglich halten, / sondern in erster Linie auf den Willen, die Arbeiter der wirt- / schaftlich entscheidenden Industrien in den Kampf zu werfen.

In dem mitteldeutschen Metallarbeiterkampf hat die sozial- / demokratische Gewerkschaftsbewegung wiederum vor der / kapitalistischen Schlichtungsmaschine und der Unternehmertum- / stoffe kapituliert. Diese Kapitulation ist nichts Neues, was alle / Arbeiter wissen. Sie wurde bisher gegenüber allen verbindlich / erklärten Schiedsprüchen durchgeführt. So bei den Bewegungen / im Bergbau, beim Hamburger Hafenarbeiterkampf, beim Kampf / in der Schwereindustrie usw. So eroberte auch der mittel- / deutsche Metallarbeiterkampf mit einer Kapitulation. Die / Reformisten verließen nachträglich, diese Tatsache zu verweihen. / Sie weisen darauf hin, daß man doch immerhin 5 Pfennig / herausgeholt habe, statt 2 Pfennig wie beim Kampf in der / Schwereindustrie, sie reden von einem "moralischen Sieg" / und so weiter.

Warum endete der mitteldeutsche Kampf mit einer Nieder- / lage? Zunächst gilt das schon für die Lohnfrage. Vor der / Annahme des verbindlichen Schiedspruches hat selbst der Vor- / wärts festgestellt, daß die 5 Pf. nicht mehr bedeuten, als die / 3 Pf. in dem früheren Schiedspruch, weil die Geltungsdauer / des neuen Schiedspruches bis zum 31. Dezember 1928 ver- / längert wurde. Daraus ergibt sich, daß bis dahin die schon / wachsende Teuerung nicht durch neue Lohnverhandlungen auch nur / ausgeglichen werden kann. Hinzu kommt, daß die Gewerks- / schaften eine Lohnverhöhung von 10 Pf. pro Stunde bei monat- / licher Kündigungsklausel gefordert hatten, und man demgegen- / über der Schiedspruch nur 5 Pfennig brachte, ist das ohne / Zweifel eine Niederlage der Gewerkschaften. Außerdem kann / niemand behaupten, daß die Lohnverhöhung von 5 Pf. auch nur / ein Ausgleich für die im Laufe des letzten Jahres eingetretene / Teuerung wäre. Betrachtet man die Dinge, wie es notwendig / ist, unter einem weiteren Gesichtspunkt, so wird noch mehr offen- / bar, daß die Strategie der reformistischen Gewerkschaftsführer / hier wieder die Arbeiterkraft in eine Niederlage hineingeführt / hat. Wir weisen erstens darauf hin, daß durch das Schieds- / pruch mit einer Lohnverhöhung von 5 Pf. pro Stunde für die / Lohnbewegungen, die im März und April besprochen werden / ein Präzedenzfall geschaffen worden ist, der die kommenden

Berscharfster Terror gegen Arbeiter!

Die Unternehmer im Angriff

Nachdem die reformistischen Gewerkschaftsführer den Kampf / der mitteldeutschen Metallarbeiter abgeknickt haben, nützen die / Metallindustriellen diesen feigen Rückzug zu einer verschärften / Unterdrückung der Arbeiterkraft aus, die sich vorerst in Maß- / regelungen und Verschärfung der Arbeitsbedingungen bei der / Wiedereröffnung der Betriebe ausdrückt. Wir berichten be- / züglich der Vorgänge bei der Sprengstoffabrik Volte in Magde- / burg, deren Betriebsratsvorsitzender der gestrige Streikver- / bündnis mitteilte, daß 200 Mann der Belegschaft am Freitag / nicht mehr arbeiten könnten. Diese Mitteilung des Betriebsrats / ist auch eingetroffen.

Auch bei den Krupp-Werken in Magdeburg ist es zu Diffe- / renzen gekommen, da die Direktion die Belegschaft verpflichten / wollte, bei der Aufnahme der Arbeit in Zweischichtensystem, statt / in Dreischichtensystem zu arbeiten. Die reformistischen Gewerks- / chaftsführer und Betriebsräte haben sich einmütig erklärt, / daß der -- Schlichtungsausschuß -- am Sonnabend über den / Streitfall entscheiden soll. In ähnlicher Weise versuchte die / Direktion im Hüttenwerk Thale L. Harz die Belegschaft zur / Durchführung des Zweischichtensystems zu zwingen. Auch hier / "hoffen" die Reformisten die Differenz mit Hilfe des Schlich- / tungsausschusses zu regeln.

Die Belegschaft des Eisenwerkes Renger u. Sohn in Harz- / berode leistete dem Verlangen der Direktion, bei der Wiedereröff- / nung des Werkes 30 Mann zu moßregeln, durch ihre Solidari- / tätserklärung energischen Widerstand, so daß die Firma diese / Maßregelungen zurücknehmen mußte. Trotzdem konnte es die / Belegschaft nicht verhindern, daß vorerst 4 jüngere Arbeiter nicht / wieder eingestellt worden sind.

Das Eisenwerk Binger in Wimmendorf bei Halle wollte den / früheren Betriebsratsvorsitzenden nicht wieder in den Betrieb / einstellen; die gesamte Belegschaft in der Stärke von 80 Mann / erklärte sich darauf solidarisch und verweigerte die Arbeitsauf- / nahme solange, bis die Firma bereit ist, den Betriebsratsvor- / sitzenden wieder in den Betrieb aufzunehmen.

Das sind eine Reihe von Fällen, die sich sicher in den nächsten / Tagen noch vermehren dürften, da bisher die Arbeit noch nicht / überall wieder aufgenommen worden ist. Die Freiheit der / Metallindustriellen, mit welcher sie die in die Betriebe zurück-

kehrenden Metallarbeiter behandeln, ist nur möglich auf Grund / der feigen Kapitulation der reformistischen DGB- und ADGB- / Führer vor der Ausperrungsandrohung der Metallindustriellen / und der hinter ihnen stehenden Bürgerblockregierung. Der / Abend-Vorwärts nennt diese Freiheit der Metallindustriellen: / "Wiederaufnahme der Arbeit ohne wesentliche Zwischenfälle".

Streik der Steinarbeiter

Halle, 24. Februar.

Nachdem die Steinarbeiter von Halle gestern in einer / Urabstimmung den am 15. Februar gefällten Schiedspruch, / der eine Erhöhung der Steinfeuertünderlöhne von 1,30 / auf 1,43 Mark, und der Löhne der Kammer von 1,24 auf / 1,25 Mark vorsieht, abgelehnt haben, hat der Zentralvor- / stand der Steinarbeiter Deutschlands in einer gemeinsamen / Sitzung mit der Lohnkommission am nächsten Sonnabend / den Streik für die Steinarbeiter beschlossen.

Verlegung der 5. Reichskonferenz des RFD

auf 23., 24. und 25. März

Aus organisatorischen Gründen ist die 5. Reichskon- / ferenz vom 3., 4. und 5. März auf den 23., 24. u. 25. März / verlegt worden. Wie vorgelesen, findet sie in Hamburg / statt. Am 23. März wird die Reichskonferenz eröffnet mit / der Vorkonferenz der Roten Jungfront und der Vorkon- / ferenz der Roten Marine. Am Abend des 23. März findet / eine große internationale Kundgebung statt. Am 24. März / beginnt die eigentliche Konferenz mit dem Geschäftsbericht / der Bundesführung und anschließender Diskussion. Das / politische Referat des Kameraden Ernst Thälmann / wird Sonntag vormittag gehalten. Anschließend daran / findet die Diskussion statt. Es folgen die Behandlung der / Anträge und die Neuwahlen. Die 5. Reichskonferenz wird / Sonntag den 25. März abends abgeschlossen sein. / Bundesführung des Roten Frontkämpferbundes.